All copyrights of this article are held by the author/s
To cite this publication
we suggest to use the APA (American Psychological Association) standard:
[Author's Last Name, Initials, (year), Title of work. Retrieved month, day, year, from source.]

You downloaded this document for free
from the



http://www.netacademy.org

The NetAcademy is an internet research platform organizing the accumulation, dissemination and review of scientific research and publications world wide.

For any use of this document which is not strictly private, scholarly work,
please contact the NetAcademy editors respectively the MCM institute at the below address.

The NetAcademy ®
www.netacademy.org
NA.editors@netacademy.org

The NetAcademy project has been developed at the
Institute for Media and Communications Management MCM
University of St. Gallen
Blumenbergplatz 9
CH–9000 St. Gallen, Switzerland
www.mcm.unisg.ch

Informationsgesellschaft und weltweite „Medialisierung“: Konsequenzen für Verfassung, Recht und Politik

Beat F. Schmid

I. Zur Kennzeichnung der Informationsgesellschaft
    1. Die neuzeitliche Physik oder die Mathematisierung der res extensa als Fundament der industriellen Revolution
    2. Die Wellen der industriellen Revolution
    3. Logik und Organisation oder die Mathematisierung der res cogitans als Fundament der Informatikrevolution
    4. Der neue Informationsträger
    5. Zwischenbilanz I
II. Medien und Gemeinschaften (Communities)
    1. Allgemeiner Medienbegriff
    2. Beispiele
III. Die Transformation des Staates und des Bürgers
    1. Staat
    2. Bürger
    3. Zwischenbilanz II
IV. Konsequenzen für Verfassung, Recht und Politik
    1. Der Staat als Unternehmen
    2. Konsequenzen
        a. Identität
        b. Leistungen für die Bürger
        c. Handlungsspielräume
V. Schlussfolgerungen

I. Zur Kennzeichnung der Informationsgesellschaft

Unsere Gesellschaft befindet sich im Übergang von der Industrie- in die Informationsgesellschaft. Dieser Übergang kann mit der Transformation der Agrargesellschaft in die Industriegesellschaft verglichen werden, wie wir ihn bei uns im 19. Jahrhundert erlebten und wie er noch heute in der Dritten Welt zu beobachten ist. Die Industriegesellschaft ist gekennzeichnet durch Maschinen, durch Transportsysteme, durch die Herausbildung von Grossstädten, durch eine Zunahme des allgemeinen Reichtums. Diese Entwicklung ist offensichtlich noch nicht abgeschlossen. Ihre Blüte im globalen Massstab steht noch bevor. Wo ist die Informationsgesellschaft in dieser Entwicklung einzuordnen? Ist sie noch Teil der Industrialisierung und somit nichts wesentlich Neues?

Um diese Frage beantworten zu können, vergleichen wir zunächst die Umstände, welche damals die industrielle Revolution hervorbrachten, mit dem, was heute die Informatikrevolution induziert. Ein solcher vergleich ist notwendig, um ein tieferes Verständnis der Vorgänge zu erlangen: Es wird sich zeigen, dass zwar ein gemeinsamer struktureller Kern beide Phänomene verbindet, dass sich die verglichenen Revolutionen aber auf je andere Seinsbereiche beziehen, nämlich einerseits auf die Cartesianische *‚res extensa’*, die Raum-Zeit-Mannigfaltigkeit, und andererseits auf die *‚res cogitans’*, das Reich des Wissens und Denkens.

Beat F. Schmid: Informationsgesellschaft und weltweite „Medialisierung“: Konsequenzen für Verfassung, Recht und Politik. In: Baudenbacher/Busek (Hg.): Europa und die Globalisierung. Referate des 2. Wiener Globalisierungs-Symposiums Mai 2001. Wien: Verlag Österreich, 2002

1. Die neuzeitliche Physik oder die Mathematisierung der res extensa als Fundament der industriellen Revolution

Bereits 1527 beobachtete der englische Philosoph Francis Bacon die gesellschaftlichen Veränderungen, welche zur neuzeitlichen Industrialisierung führen sollten. Er erklärte sie mit den Erfindungen des Buchdrucks, des Schiesspulvers und des magnetischen Kompasses. Indes ist keiner der genannten Faktoren hinreichend für die Erklärung dieser Veränderungen, wie u.a. Basella[1] überzeugend dargelegt hat: Die genannten Erfindungen stammen aus China und wurden dort schon lange vor ihrer Einführung im Abendlang genutzt[2], ohne vergleichbare Folgen zu zeitigen. Die entscheidende Erfindung im Abendland war vielmehr die Entwicklung der wissenschaftlichen Methode. Dies lässt sich an ihren einzigartigen Auswirkungen ex post ablesen. Die wissenschaftliche Methode basiert auf einer Reihe von bahnbrechenden Erkenntnissen, darunter folgenden:

- Auf der astronomischen Erfassung der Planetenbewegungen mit geometrischen Mitteln zur exakten Zeitbestimmung. Diese Methode erreicht in den Arbeiten Kopernikus' (1473-1543) einen Höhepunkt. Sie kombinierte die für die Zeitmessung verwendete Arithmetik mit geometrischen Konzepten.

- Auf der Übertragung des deduktiven Systems der Euklidischen Geometrie als Mittel zur Beschreibung und Konstruktion von Bewegungsabläufen. Exponent dieses Ansatzes war Galilei (1564-1642), der ‚das Buch der Natur in mathematischen Lettern geschrieben' fand: Er konnte mit seinem Ansatz u.a. das Fallgesetz oder die Wurfparabel aus einfachen Annahmen herleiten und im mathematischen Sinne beweisen.

- Auf der Entwicklung des Formalismus der analytischen Geometrie durch Descartes (1596-1650), der die Grundlage für die neuzeitliche Mathematik und Physik schuf, indem er geometrischen Objekten wie Raumpunkten (Orte) oder Bahnkurven arithmetische Ausdrücke zuordnete.

- Auf der mathematischen Erfassung der Bewegung und der sie beschreibenden Grössen mit der Erfindung des Differentialkalküls durch Newton (1643-1727) und Leibniz (1646-1716). Grössen wie Geschwindigkeit, Kraft, Energie oder Arbeit erhielten eine klar definierte mathematische Form und konnten so der planenden Berechnung unterworfen werden.

- Das Konzept der Maschine ist der Zwilling der Rationalisierung des Räumlichen und der Bewegung im Geiste der Mathematik. Die damals schon zahlreich vorhandenen Mechanismen, etwa zur Zeitmessung, erhielten durch die rationale mathematische Methode eine neue Semantik: Die Maschine wurde zu einer *‚Defining Technology'* (Bolter[3]) für das nun folgende Zeitalter – wie heute der Computer für das Informationszeitalter. *‚Defining Technologies'* verändern unsern Blick auf die Welt. Die Idee der Maschine und das mit ihr verbundene Konzept der Rationalisierung, d.h. der analytischen Beschreibung von Vorgängen, begleitet die Neuzeit in vielen Bereichen und ermöglichte auch die Entwicklung des Computers.

---

1 Basella, George: The Evolution of Technology, Cambridge History of Science Series, Cambridge University Press, 1988

2 So wurde beispielsweise der Buchdruck in China im 8. Jahrhundert erfunden und eingesetzt – mit beweglichen Zeichen allerdings nur für Billig-Literatur, während für höherwertige Texte die Xylographie Verwendung fand, d.h. der Druck mittels geschnitzter Platten für ganze Seiten.

3 Bolter, David J., Turing's Man. Western Culture in the Computer Age. Harmondsworth, 1986

- Durch die Entdeckung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Methode entwickelte sich die neuzeitliche Physik in beschleunigtem Tempo. Sie erfasste nach der Punktmechanik immer weitere Bereiche der raum-zeitlich ausgedehnten Welt, die Descartes die *‚res extensa'* nannte: Die Thermodynamik, die Hydro- und Aerodynamik, die Elektrodynamik und die physikalische Chemie sind Stationen dieser Denkweise, die nun auch begonnen hat, das Reich der lebendigen Substanzen – einschliesslich der kognitiven Organe – zu erfassen.

Das Erfolgsprinzip der mathematisch-naturwissenschaftlichen Methode besteht darin, dass die jeweils studierten Objektbereiche in einer künstlichen, in Symbolsystemen formalisierten Parallelwelt untersuchbar gemacht werden: Die interessierenden Phänomene werden symbolisch in formalen Systemen mit exakter Syntax und Semantik repräsentiert. In dieser formalisierten Welt können nun auf mechanische Weise Deduktionen vorgenommen und Resultate gewonnen werden, welche auch in den realen Systemen gültig sind. Damit werden die Fähigkeiten der uns natürliche gegebenen Vorstellungskraft dramatisch erweitert: Wir verfügen gleichsam über ein neues künstliches Organ der Repräsentation, des Vorstellens, des Experimentierens, Verstehens und Planens.

3. Die Wellen der industriellen Revolution

Die Erfolge der naturwissenschaftlich-mathematischen Methode führten in bekannten und auch neu sich erschliessenden Gebieten immer weiter weg von der vorwissenschaftlichen, auf dem Handwerk beruhenden Form der Technologie. Das neue Werkzeug der Repräsentation raum-zeitlicher, d.h. physikalischer Phänomene im Formalismus der mathematischen Physik (mit anderen Worten: Die Mathematisierung der Cartesianischen *‚rex extensa'*) brachte die Ingenieurwissenschaften hervor.

Die vorwissenschaftliche Entwicklung unserer Technologie beruht bis zur Neuzeit im Wesentlichen auf der handwerklichen Geschicklichkeit und auf empirischer Erfahrung. Der Wissenstransfer erfolgte über die Lehre bei einem Meister, welcher die entsprechenden Fertigkeiten beherrschte und dem Schüler vormachte. Die naturwissenschaftlich-mathematische Methode erlaubt jedoch ein anderes Lernen. Ist der formalisierende Rahmen einmal erkannt, können neue aufgaben darin autonom erforscht werden. Eine solch unmittelbare Einsicht ins Wissensgebiet hat zum Phänomen der nicht an Autoritäten gebundenen Forschung und der unabhängigen Forscher geführt, welche bereits in jungen Jahren epochale Erfindungen machen können. Diese Unabhängigkeit führte auch dazu, dass Wissen eine unglaublich beschleunigte Verbreitung im globalen Ausmass erfährt, wie wir es gegenwärtig für die wissenschaftlichen und technologischen Erkenntnisse beobachten können.

Die wissenschaftliche Methode wurde zuerst in der Mechanik angewandt, namentlich auch im militärischen Bereich. Die Versuche, beobachtete Phänomene physikalisch zu verstehen und die gewonnenen Erkenntnisse für Verbesserungen zu nutzen, machen den Kern des sich in der Folge herausbildenden Ingenieurwesens aus. Ihm verdanken wir die Beherrschung der ersten grossen Welle der Industrialisierung, die durch die Maschinentechnik die Arbeitswelt veränderte. Die Umsetzung der Erkenntnisse in der Elektrodynamik war bereits nicht mehr ohne physikalische Überlegungen und Berechnungen möglich. Die Entdeckung des elektromagnetischen Feldes und seine rechnerische Beherrschung brachte eine Reihe von Visionen über sein Nutzungspotential hervor, unter anderem die der elektrisch beleuchteten Städte durch Pioniere wie Edison oder Siemens. Sie lösten weitere Wellen der industriellen Revolution aus.

Beat F. Schmid: Informationsgesellschaft und weltweite „Medialisierung“: Konsequenzen für Verfassung, Recht und Politik. In: Baudenbacher/Busek (Hg.): Europa und die Globalisierung. Referate des 2. Wiener Globalisierungs-Symposiums Mai 2001. Wien: Verlag Österreich, 2002

Ist die Informatik als eine weitere Welle der industriellen Revolution zu verstehen – oder handelt es sich um etwas wesentlich Neues? Stammt das dem Computer zugrundeliegende Konzept aus der Welt der industriellen Revolution – oder erschliesst es der wissenschaftlichen Methode eine neue Dimension?

3. Logik und Organisation oder die Mathematisierung der res cogitans als Fundament der Informatikrevolution

Die Informationsgesellschaft beruht auf einer immer mächtiger werdenden Tele- und Massenkommunikation. Diese basiert zunächst auf der Nutzung des elektromagnetischen Feldes zur Nachrichtenübermittlung, dann auf der Informatik und dem Konzept des Computers. Während die zur industriellen Revolution gehörende Nachrichtenübertragung mit Hilfe der Elektrotechnik zustande kommt, ist das Konzept des neuen Informationsträgers Computer nicht an Halbleiter gebunden: Das Konzept des Computers entstammt einer anderen Dimension. Es erschliesst der wissenschaftlichen Methode einen neuen Seinsbereich, nämlich die Cartesianische *‚res cogitans'* (und nicht bloss eine weitere Provinz der *‚res extensa'*). Die Entwicklung des Computers bildet den Auftakt der neuen Ära, die mit Informationsgesellschaft umschrieben wird.

Das Konzept des Computers wurde durch die Formalisierung des rechnenden Menschen gewonnen. Als der Mathematiker Alan Turing in den 1930er Jahren vom ‚Computer' sprach, meinte er den rechnenden Menschen[4]. Er beschrieb dessen Verhalten als eine Abfolge ovn Operationen, die er in mathematischer Sprache fasste. So überführte er dieses Verhalten in ein mathematisches Objekt, dessen Analyse schliesslich zum Computer als Konzept, dann als technischem Gerät und zu den heutigen, z.T. enorm komplexen und leistungsfähigen Informationssystemen geführt hat.

Die Informatik hat, zusammen mit den Wissenschaften in ihrem Umfeld, namentlich der sie begründenden mathematischen Logik, klare Konzepte erarbeitet für Begriffe wie Information, Syntax und Semantik; das Konzept der Sprache; Interpretation und Übersetzung von Texten einer Sprache. Die Wirkungen des Computers, aufgefasst als neuartiger Informationsträger, sind enorm. Der neue Informationsträger ermöglicht u.a. die Neugestaltung von Prozessen, insbesondere ein dramatisches sogenanntes Reengineering der Wirtschaft, das weltweite gesellschaftliche Erschütterungen nach sich zieht. Dieser Umschmelzungsprozess erfasst zuerst die Unternehmen und Märkte, dann die Bürokratien und Verwaltungen, schliesslich die Institution des Staates selber.

Um dies zu verdeutlichen, soll zuerst der neue Informationsträger, das neue Medium Computer, insbesondere in seiner Gestalt im Internet, näher betrachtet werden.

4. Der neue Informationsträger

Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung ist eine Geschichte des kollektiven Wissens. Wissen wird üblicherweise als Zustand von wissenstragenden und wissensverarbeitenden Agenten definiert, der es ihnen erlaubt, situationsbezogen und zielgerichtet zu handeln. Wissen kann in Gestalt von Information, d.h. als syntaktisch strukturierte Zeichenobjekte, kommuniziert d.h. reproduziert werden. Wichtige Stationen in der Entwicklung der Informationsträger sind hier kurz genannt:

[4] Weiterführende Literatur über die Entstehung der Rechner: Bettina Heintz: Die Herrschaft der Regel. Zur Grundlagengeschichte des Computers. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag, 1993

- Mit der Schrift wurde es möglich, Wissen in einem dauerhaften Informationsträger zu codieren und unverändert über grosse Zeiträume zu transportieren. Das Konzept des geschriebenen Gesetzes, Buchhaltungen und Bestandesstatistiken wurden möglich. Der Buchdruck erschloss weitere Wissenspotentiale, da er einen wesentlich effizienteren Austausch von Wissen erlaubte. Das neuzeitliche Schulsystem beruht auf dieser Verbreitung.

- Die Einführung der modernen Verkehrssysteme (Eisenbahn, Strassennetze) beschleunigten nicht nur den Warentransport, sondern auch die Verbreitung von Printmedien und von reisenden Menschen mit ihrem Wissen. Dies führte zur Gründerzeit, zum Nationalstaat und der Moderne[5].

- Der Rundfunk mit Radio und Fernsehen schliesslich brachte uns sofortige (*‚live'-)* Information über das Geschehen der ganzen Welt, über ihre Symbole (Marken) und Lebensstile ins Haus. Mit dieser schnellen, aktuellen und grenzüberschreitenden Informationsvermittlung ging auch eine Relativierung des Nationalstaates einher.

Innovationen im Bereich der Informationsträger sind also eng mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung verknüpft.

Informationsträger sind Kanäle im Sinne der Nachrichtentechnik: Sie verbinden Raum-Zeit-Punkte. Die Stimme überwindet im direkten Dialog kleine, über das Telefon grosse räumliche Distanzen; allerdings ist die stimmliche Äusserung ein flüchtiger, nur für den Augenblick persistenter Kanal. Speichermedien wie Bücher, Bilder, CD, Video etc. können Information über die Zeit hinweg konservieren, sie gestatten auch die Verbreitung über grosse räumliche Distanzen. Aber diese Kanäle sind nicht dialogfähig, es sind tote Informationsträger (die in ihnen enthaltene Information wird erst im verstehenden Agenten mit der notwendigen Semantik versehen und zu Wissen).

Die Erfindung des Computers hat diese Situation radikal verändert. Neben dem Menschen gibt es nun erstmals einen künstlich hergestellten ‚lebendigen' d.h. interaktiv dialogfähigen Informationsträger, der die auf ihm gespeicherte Information selbständig anzuwenden weiss (wie es z.B. ein Taschenrechner tut, der eine Zahl, etwa 4, trägt, wenn er auf unsere Anweisung „x6 = ?" mit „=24" antwortet).

Der neue Informationsträger ist somit ein aktiver Wissensträger. Seine Einbindung in die Kommunikationsnetze stellt uns einen Informationsträger mit neuartigen Eigenschaften zur Verfügung:

- *Interaktivität*: Die gespeicherte Information kann (wenigstens im Prinzip) auf Anfragen aktiv reagieren.

- *Ortslosigkeit*: Die Information ist von überall her und von vielen räumlichen weit verteilten Agenten gleichzeitig nutzbar.

- *Multimedialität*: Die enthaltene Information kann in mannigfacher Gestalt als Text, Bild, Klang präsentiert werden.

[5] Stefi, Mark J.: The Next Knowledge Medium, in: Hubermann, B.A. (Editor): The Ecology of Computation. Amsterdam: North Holland, Elsevier Science Publishers, 1988

Durch seine Verbindung mit den Netzen der Telekommunikation wird das weltweit in verschiedenen Computern gespeicherte Wissen losgelöst und aus einem allgegenwärtigen, ortslosen Pool (Internet) beziehbar. Die oft zitierte Aussage *‚the net becomes the computer'* benennt dieses Phänomen.

5. Zwischenbilanz I

Wir sind heute Zeugen des Aufbaues einer neuen Infosphäre mit radikal neuen Eigenschaften, die als Infrastruktur des Informationszeitalters dient. Sie gewährt im Prinzip an jedem Ort der Erde Zugriff auf alle existierenden Informationsobjekte. Diese Informationsobjekte sind interaktive Agenten von z.T. grosser Mächtigkeit. Der Konsument und das Unternehmen des Informationszeitalters sind, unabhängig von ihrem Ort, umgeben von einem Heer solcher ihm potentiell zur Verfügung stehenden solcher ihm potentiell zur Verfügung stehenden Agenten. Sie erlauben und verlangen, aus ihnen Nutzen und Wertschöpfung zu ziehen.

Die innere Logik, nach der die Konstruktion dieser informationellen Strukturen zu planen und zu bauen sind, ist eine mathematisch-konstruktive. Sie ist nachvollziehbar und enthält somit ein fundamental demokratisch-freiheitliches, d.h. im wirtschaftlichen Kontext marktliches Moment. Umgekehrt gestattet diese Infosphäre dem Anbieter die Telepräsenz, d.h. die Präsenz seiner Leistungen am Orte jedes Andern. Er ist gefordert, eine Attraktivität zu entwickeln, die ihn zum nachgefragten Kommunikations- und Tauschpartner werden lässt.

II. Medien und Gemeinschaften (Communities)

1. Allgemeiner Medienbegriff

Die neue Informationsinfrastruktur verbindet, wie dargestellt, global verteilte Agenten zu neuen Gemeinschaften. Diese *‚Communities'*, wie sie im Internet-Umfeld genannt werden, begegnen sich auf elektronischen Plattformen des Internet, in einem sie ermöglichenden und konstituierenden Medium. Der Begriff des Mediums als Gesellschaft konstituierender Raum ist zentral für das Verständnis der sich nun bildenden neuen Gemeinschaften und Beziehungsmuster. Er wird nachstehend erläutert (Wir werden später auch den Staat als Medium auffassen und seine Wechselwirkungen mit den neuen und bisherigen Medien thematisieren).

Medien, so aufgefasst, sind Räume, Plattformen oder Systeme, welche den Austausch zwischen Agenten ermöglichen. Damit der Austausch gelingt, sind einige Voraussetzungen zu erfüllen. Betrachten wir zunächst die Komponenten eines Mediums im Fall des Informationsaustausches:

- *Kanäle K.* Der Informationsaustausch zwischen zwei Agenten findet über ein System von Verbindungen statt. Dieses erlaubt den Transfer der Information vom sendenden zum empfangenden Agenten. Die Nachrichtentechnik nennt eine solche Verbindung einen Kanal[6]. Dieser Kanal muss geeignet sein, die zu übermittelnde Information aufzunehmen, zu tragen. Man spricht daher auch von Trägermedium. Trägermedien bzw. Kanäle sind physische Produkte wie Papier oder elektromagnetische Signale, die mit einer bestimmten Technologie und einer sie produzierenden Wirtschaft verknüpft sind. (Der Medienbegriff wird immer noch häufig mit dem Begriff des Trägermediums gleichgesetzt[7]. Diese bloss technologische Sicht greift zu kurz; die Kanäle sidn nur ein, allerdings prominenter, Teil des Mediums.)

- *Logischer Raum L*. Die ausgetauschten Inhalte bedürfen einer spezifischen Strukturierung, kurz: einer Syntax, die den potentiellen Sendern und Empfängern bekannt ist und im Trägermedium (Kanal) realisiert werden kann. Solche syntaktischen Strukturen umfassen – am Beispiel der Schrift – die verwendete Sprache, die Schrifttypen, die Regeln der Grammatik und des Layout. Ohne diese Syntax kann ein funktionsfähiger Kanal seine Aufgabe nicht erfüllen.

  Kommunikation ist erfolgreich, wenn der Empfänger die übermittelte Botschaft so interpretiert, dass sie mit der Intention des Senders kompatibel ist. Man spricht in diesem Zusammenhang von der Semantik der transferierten, im Kanal vorhandenen Nachricht. Kommunikation findet in einem gemeinsamen Raum des Verständnisses statt, der wesentlicher Bestandteil des Mediums im Sinne seiner Definition als Austauschmechanismus für Information ist.

---

[6] Auch durch den Kommunikationswissenschafter Marshall McLuhan (1911-1980) wurde der Begriff Kanal für die neuen Medien verwendet:; vgl.: McLuhan, Marshall: Understanding Media, McGraw Hill 1964, ins Deutsche übersetzt mit: „Die magischen Kanäle", Düsseldorf, Econ 1992.

[7] Man spricht dann von Printmedien, Fotografie und Film als Medien, vom Radio und dem Fernsehen als elektronischen Medien. Dieser Medienbegriff erfasst eine wichtige Komponente des Mediums. ER ist aber zu sehr an der Technologie und den ihr zugehörigen technischen Möglichkeiten bzw. den für sie typischen, historisch entstandenen wirtschaftlichen Strukturen ausgerichtet.

- *Rollen R.* In einem Medium hat es neben Empfänger und Sender in der Regel noch weitere Akteure. Im Printmedium sind dies etwa Autoren, Redaktoren, Aufsichtsinstanzen, Erbringer von Diensten auf der Übermittlungsebene, etc. Die Aufgabenprofile dieser Agententypen, ihre Rechte und Pflichten bezeichnen wir als Rollen. Zu einem Medium gehört ein System von (aufeinander abgestimmten) Rollen. Sie definieren den organisatorischen Aspekt des Mediums: Dies Gesamtheit der Regeln und Prozesse, die zur Funktionsweise eines Mediums implementiert sind, nennen wir (in Anlehnung an den im Kommunikationsbereich verwendeten Sprachgebrauch) Protokoll. Das Protokoll regelt die Abläufe.

Ein Medium besteht somit aus einem Kanalsystem K, einem Sprachraum L und Rollen R.

2. Beispiele

Medien können offene, öffentliche Räume oder Plätze für Agenten sein, wie der Marktplatz, die Agora der Griechen. Wir streifen hier drei Erscheinungsformen solcher offener Medien: Märkte und die durch Massenmedien geschaffenen oder vermittelten Welten.

Märkte als Medien. Märkte sind bekanntlich auch Mechanismen für den Austausch – allerdings für Güter und Leistungen. C. Hewitt[8] hat den Begriff des ‚agorischen Systems' geprägt, um allgemeine offene Systeme des Austauschs zu benennen (der Begriff agorisch ist in Anlehnung an die griechische Bezeichnung für Marktplatz, Agora, gewählt). Der Marktplatz der Griechen war bekanntlich Ort des Austauschs für Waren und Informationen. C. Hewitt und die andern diesen Begriff verwendenden Autoren[9] wollen mit ihm Systeme wie das Internet bezeichnen, welches mehr und mehr beide Funktionen erhält, die des Kommunikationsmediums und die des Marktplatzes im Sinne des Ortes für den Warentausch. Wir beobachten hier ein erneutes Zusammenwachsen der Austauschmedien für Informationen und Güter.

Die Charakterisierung der Märkte als Medien ist mit dem oben gegebenen Medienbegriff zwingend. Alle genannten Elemente des Medienbegriffs sind in Märkten nicht nur anzutreffen, sondern notwendig vorhanden: Auf keines kann verzichtet werden. Sie sind der Raum, wo sich der Wettbewerb der Fähigkeiten und Leistungen und der hinter ihnen stehenden Entwürfe abspielt.

Massenmedien. Die mit Hilfe der Massenmedien (aufgefasst als Kommunikationskanäle mit grosser Reichweite) aufgebauten Gemeinschaften sind ebenfalls als Medien im vorgestellten Sinne zu verstehen. Themen der Massenmedien wie Olympiade, Waldsterben, Hungerkatastrophen, der säkulare Olymp der Königshöfe und ‚Superstars' basieren allesamt auf einem gemeinsamen Symbol- oder Begriffssystem und den mit seiner Hilfe beleuchteten Welten. Auch hier werden Rollen und Prozesse etabliert.

Der Staat als Medium. M. Waltz[10] fasst den archaischen Staat als System der Plätze auf. Jeder Platz oder jede Rolle ist mit Rechten und Pflichten verbunden. Das Mitglied der archaischen Gesellschaft wird auf Grund seiner Geburt (Herkunft) an einen bestimmten Platz gestellt. Es hat den Ansprüchen der ihm zugewiesenen Rolle zu dienen und ihnen zu

[8] Hewitt, Carl: Offices are Open Systems, in: Hubermann B.A. (Ed.): The Ecology of Computation, Amsterdam: North Holland, Elsevier Science Publishers, 1988
[9] In: Hubermann, op. cit., 1988
[10] Waltz, Matthias: Ordnung der Namen (Die Entstehung der Moderne: Rousseau, Proust, Sartre), Frankfurt a.M: Fischer, 1993

genügen. Waltz charakterisiert die Wirkung dieses Mediums der archaischen Gemeinschaft als ‚Auge des Dritten', das den Träger einer Rolle fordernd beobachtet und beurteilt.

Die Aufklärung hat auch die gottgegebene Verfassung des Mediums Staat aufgelöst: Sie ist durch freie Konvention oder Diktat einer die Macht ausübenden Gruppe änderbar. Das System der Rollen und die gültigen Protokolle sind seither in dauerndem Fluss. Sie werden von Interessengruppen aktiv und bewusst gestaltet. Mit dem oben beschriebenen Medienbegriff dürfte klar geworden sein, dass die Verfassung für das Medium des Staates das System der rollen festlegt und über die Hierarchie der Normen das Protokoll festlegt, das die verbotenen oder erlaubten Handlungen umschreibt.

Beat F. Schmid: Informationsgesellschaft und weltweite „Medialisierung": Konsequenzen für Verfassung, Recht und Politik. In: Baudenbacher/Busek (Hg.): Europa und die Globalisierung. Referate des 2. Wiener Globalisierungs-Symposiums Mai 2001. Wien: Verlag Österreich, 2002

III. Die Transformation des Staates und des Bürgers

1. Staat

Das Machtmedium des Clans hat sich die Dörfer und Städte, teilweise auch die Tempel unterworfen. Das Königtum ist seine wohl prägnanteste Manifestation. Die offenen, wettbewerbsorientierten Handelsmedien haben aber letztlich ein stärkeres Wachstum gezeigt. Sie haben nach und nach das Königtum entmachtet. Nicht primär durch das Blut definierte Stände haben es beerbt. Das Aufkommen leistungsfähiger Informations- und Kommunikations-Medien, namentlich das Printmedium in Verbindung mit leistungsfähigen und schnellen Transportsystemen, haben schliesslich die Machtstrukturen für mehr und mehr Gruppen geöffnet, in der Demokratie im Prinzip für alle Bürger eines Staates. Der „Zehnte" der alten Herrschaft wurde nun auf die neuen Gruppen, welche die Macht des Staates usurpiert haben, verteilt.

Der zu verteilende „Zehnte", die steuerliche Abgabe des zehnten Einkommensteils, ist inzwischen zu einem erheblich grösseren Prozentsatz herangewachsen: Etwa die Hälfte des Bruttosozialproduktes wird heute an wählbare Gruppen wie Parteien und Parlamente bzw. nicht wählbare Gruppen wie Bürokratie und Verwaltungen und die Staatswirtschaft, aber auch den Parastaat wie Militär, Schulen, Gesundheitsindustrie verteilt. Der Staat ist somit zu einem Medium geworden, das aus einem ganzen Aggregat von Submedien besteht, die den Bürger gezwungenermassen in Tauschverhältnisse einbinden, die etwa die Hälfte seiner Leistungsfähigkeit einfordern.

Waren früher die Parteien die primären Rivalen im Kampf um die Staatspfründen, indem sie zunächst Printmedien nutzten, um den Bürger zur Stimmabgabe für ihre Anliegen zu motivieren, so sind in der Zwischenzeit die elektronischen Massenmedien hinzugekommen, welche die Globalisierung der Anliegen sehr rasch vorangetrieben haben. Heute operieren über diese Massenmedien weltweit organisierte Interessensgruppen, werben mit ihren partikulären Anliegen um die Aufmerksamkeit der Bürger. Ganze Betroffenheitsindustrien sind entstanden, die mehr oder weniger effizient auf den Staat einwirken. Ein aktuelles Beispiel ist die Ökologiebewegung mit all ihren Verzweigungen, die es verstanden hat, in Rekordzeit einige Prozentpunkte des Bruttosozialproduktes zu erobern, um sie für Umweltanliegen, erneuerbare Energien, eine neue Abfallwirtschaft und anderes mehr, d.h. für die Umwelt sowie die mit diesen Anliegen verbundenen Bürokraten und Unternehmen nutzbar zu machen. Aids und Drogen sind zwei weitere Beispiele der jüngsten Vergangenheit. Die macht der Parteien wurde mindestens teilweise durch solche globalen Interessensgemeinschaften relativiert. Sie reagieren darauf notgedrungen mit einer Übernahme solcher Interessen. Dies täuscht nicht darüber hinweg, dass sie nicht mehr Subjekt dieser Bewegungen sind, sondern ihnen zu folgen haben.

Auf der anderen Seite ist der Bürger in marktmässig organisierte Medien eingebunden, die ihm Tauschofferten unterbreiten, ihm für sein Geld allerhand Nützliches, mehr und mehr aber Prestige und Lustgewinn verkaufen wollen oder schlicht seine Zeit begehren, wie dies vor allem das Fernsehen demonstriert: Es hat in wenigen Jahrzehnten einen Zeitanteil an der Lebenszeit des Bürgers erobert, der grössenordnungsmässig jenem der Arbeitszeit entspricht . Diese marktmässig organisierten Medien werden rasch zu globalen Märkten.

Der Staat sieht sich damit einer doppelten Herausforderung gegenüber. Immer mehr Gruppen von Betroffenen und Minderheiten verlangen Gehör und den Aufbau einer ihren

Anliegen dienenden Industrie. Andererseits offeriert eine globale marktlich organisierte Industrie seinem Bürger immer mehr alternativen. Es ist offensichtlich, dass dieser Prozess den Staat in naher Zukunft erschöpfen wird. Die neue Technologie hat nicht nur das Phänomen der effizienten Schaffung von Problembewusstsein und Handlungsdruck ermöglicht – sie ermöglicht dem Bürger auch eine neue Beweglichkeit.

2. Bürger

Der heutige Bürger ist Mitglied vieler Gemeinschaften. Zum einen hat er eine, oder auch mehrere Staatsbürgerschaften. Vielleicht ist er Mitglied einer Glaubensgemeinschaft, etwa einer Kirche. Er ist Mitglied eines oder mehrerer Vereine. Weiter verbringt er einen beträchtlichen Teil seiner Lebenszeit – meist über die Massenmedien – in und mit Gemeinschaften, die sich spezifischen anliegen widmen, z.B. Fussball, Schutz des Tropenwaldes, Kampf gegen die Gentechnologie, kurz: Themen, wie sie in regelmässigen oder gelegentlichen Rubriken der Massenmedien vorzufinden sind. Immer weniger dieser Gemeinschaften sind primär mit dem Staat verbunden.

Die neuen Informationsmedien haben dem Bürger Denk- und Erlebnisräume ermöglicht, die global und nicht mehr an den Staat gebunden sind. Er hält sich in diesen neuen Räumen mit einem rasch wachsenden Anteil seiner Lebenszeit auf und tauscht dort Wissen mit Partnern aus, die oft in anderen Staaten leben, d.h. unter Abstraktion vom Staat. Diese neuentstandene Nervensystem hat eine Funktion, die in der Biologie Zellverbänden die Loslösung von einem fixen Standort ermöglicht hat: In Gestalt des bewegungsfähigen Tieres war der Organismus nun in der Lage, die für ihn günstigen Biotope aktiv aufzusuchen. Genau dies hat nun auf der Ebene der Firmen begonnen wirksam zu werden: Die internationalen Firmen sind auf der Basis der neuen Infrastruktur, d.h. ausgerüstet mit globalen Nervensystemen, in die Lage versetzt worden, sich mehr und mehr vom angestammten Raum zu lösen und die für sie günstigen Umgebungen aktiv auszuwählen. Der Bürger, der in einer solchen internationalen Firma mit Kollegen aus unterschiedlichsten Ländern arbeitet, entfernt sich mehr und mehr von seinem Heimatstaat. Dieser erhält die Funktion, die Wohngemeinden als Folge der modernen Verkehrssysteme erlangt haben: Sie sind funktional ausgesucht und austauschbar. Dieses Phänomen bekommen zuerst die bürgerlichen, wirtschaftsnahen Parteien zu spüren: Ihre Klientel verliert das vitale Interesse am nationalen Standort.

Aber nicht nur bei Firmen, auch bei Einzelpersonen ist das mobile Verhalten bereits bei einer beträchtlichen Zahl von Gruppen feststellbar. Nicht nur gutverdienende Unternehmer, Sportler, Schauspieler, Künstler etc. sind mobil und wohnen an den Orten, die ihnen insgesamt den grössten Nutzen bringen, sondern auch mehr und mehr Berufsgruppen wie Berater, Computeringenieure und andere Spezialistengruppen beginnen, es ihnen gleich zu tun. Die Arbeitsmärkte werden ebenfalls global und fluide. Hat die Eisenbahn die Arbeitskräfte mobil gemacht, so macht die neue Informationsinfrastruktur die Arbeit selber portabel.

Ein anderer Teil der Bürger bleibt an den Staat gebunden, nämlich all jene, die direkt oder indirekt vom Staat leben, sowie jene, die sich über den Staat Privilegien haben sichern lassen, die sie nicht ohne weiteres in einen anderen Staat transferieren können. Sie erleben nun die durch die neuen Medien erfolgende Aufhebung des Raumes und die dadurch verursachten Effekte der Globalisierung. Diese werden zum einen als fragwürdig und unheimlich empfunden, oft aber auch als etwas zu Bekämpfendes dargestellt. Dabei wird übersehen, dass dieser Prozess nicht als geplanter Prozess eines hierarchisch organisierten Mediums aufgefasst werden darf, sondern dass es sich um einen Effekt der frei sich

Beat F. Schmid: Informationsgesellschaft und weltweite „Medialisierung“: Konsequenzen für Verfassung, Recht und Politik. In: Baudenbacher/Busek (Hg.): Europa und die Globalisierung. Referate des 2. Wiener Globalisierungs-Symposiums Mai 2001. Wien: Verlag Österreich, 2002

entwickelnden Kräfte handelt. Wir verstehen deren Mechanik noch viel zu wenig, um in diesen Prozess lenkend eingreifen zu können.

Diese Prozesse sind somit nicht nach Belieben eliminierbar. Sie wachsen (da marktlich dominiert) schneller, als es hierarchische Strukturen vermögen. Es scheint vielmehr so zu sein, dass dieser Prozess als Teil der notwendigen Evolution des Lebens in seiner Ganzheit aufgefasst werden muss. Dies liesse sich eingehender begründen, kann hier aus Platzgründen jedoch nicht geleistet werden. Nur so viel sei angedeutet: Der Kern der Entwicklung besteht in der Etablierung von *Wissensmedien*, wie sie z.B. die Wissenschaften (Scientific Communities) darstellen. Wissen ist ein Stoff, der replizierbar ist, ohne seine Substanz aufzubrauchen. Die es darstellenden Ideen (oder *Meme*) können die Köpfe eines jeden denkfähigen Bürgers erobern, besetzen und dort lenkende Kraft entfalten. Diese Wissensmedien, aufgefasst als Bestand an Ideen (*Memom*, in Analogie zum Genom in der Biologie), zusammen mit den diesen Ideen folgenden, oder vielmehr: durch diese Ideen gelenkten Agenten (d.h. ihrem Phänotyp) sind einerseits im Wettbewerb zu anderen Wissensmedien, und andererseits aufs engste verknüpft mit Produktionsstrukturen, d.h. Geschäftsmedien wie Firmen oder Märkten. Der Wettbewerb dieser Medien folgt Gesetzen, denen nicht oder nur auf beschränkte Weise mit den Rezepten beizukommen ist, gemäss denen Staaten funktionieren.

3. Zwischenbilanz II

Sozietäten wie Agenten sind durch Medien als gemeinsame Räume des Austauschs definiert. Märkte und Staaten sind als solche Medien zu verstehen. Diese Medien erhalten durch die neue Gestalt der Information, ihre Ortslosigkeit und ihren rational konstruierten Maschinencharakter eine neue Präsenz.

Wie das tradierte Handwerk durch die naturwissenschaftlich fundierte Technik durch Industrieanlagen und rational organisierte Unternehmen abgelöst oder überlagert wurde, werden nun die durch gemeinsames Wissen konstituierten Gemeinschaften durch globale Sozietäten, die in mit dem neuen Informationsträger gebauten medialen Räumen leben, abgelöst.

Die Präsenz der Agenten in ihnen und seine Aktionen können im Einzelfall frei wählbar (marktlich verfasste Medien) oder auf Grund einer Verpflichtung erzwungen sein (hierarchisch verfasste Medien).

Die Zahl der um die Gunst der Agenten werbenden Medien steigt in der neuen Mediengesellschaft rasch. Der Wettbewerb um Aufmerksamkeit und Zeit selektioniert die erfolgreichen Medien, d.h. jene mit mächtigeren Gemeinschaften. Dies hat aus der Sicht der Agenten zur Folge, dass sie hierarchische Verhältnisse zögerlicher eingehen, da die Opportunitätskosten gross sein können, bzw. bestehende Zwangsmitgliedschaften zu lösen trachten, wenn sich im immer transparenter werdenden Medienuniversum bessere Alternativen bieten.

Beat F. Schmid: Informationsgesellschaft und weltweite „Medialisierung“: Konsequenzen für Verfassung, Recht und Politik. In: Baudenbacher/Busek (Hg.): Europa und die Globalisierung. Referate des 2. Wiener Globalisierungs-Symposiums Mai 2001. Wien: Verlag Österreich, 2002

IV. Konsequenzen für Verfassung, Recht und Politik

1. Der Staat als Unternehmen

Der alte Staat war als Medium gemeinsamer und definierender Raum für seine Mitglieder auf den Plätzen, die er ihnen zuwies: Sie hatten die ihnen zustehenden und überkommenen Rechte und Pflichten wahrzunehmen, in einer Weise, wie sie die Tradition lehrte. Mit der Industrialisierung wurde er zusätzlich zum bewusst und rational gestaltenden Unternehmen. Es galt, die Verteidigung unter Einbezug der neuen Möglichkeiten der Industrie zu organisieren, dann die kriegswichtige Ernährung, die Ausbildung und in der folge immer weitere Bereiche des sogenannten öffentlichen Interesses. Begründung für das staatliche Handeln war das Überleben des Staates und das damit verbundene Wohl seiner Bürger. Hinzu kamen mehr und mehr parastaatlich organisierte Bereiche, etwa in in der Energiewirtschaft oder im Transportwesen.

Die Frage, in welchen Bereichen der Staat als Unternehmer auftreten soll und wo der Privatwirtschaft Aufgaben übertragen werden sollen, war lange Zeit Kampffeld der Ideologien. Dieser Kampf ist noch nicht vollständig entschieden, wenn auch in den vergangenen jahrzehnten die Überlegenheit des professionellen Unternehmers gegenüber dem verdienten Parteifunktionär, und die höhere Leistungsfähigkeit des im Wettbewerb geforderten Betriebes gegenüber der staatlich vor der Konkurrenz geschützten Bürokratie immer deutlicher geworden ist. (Die Gesetze der Selektion werden die Antwort auch ohne Theorie liefern, wie im Reich der Biologie.)

Bei dieser Auseinandersetzung geht es immer um die Frage, sowie ein Teilbereich am besten zu organisieren sei. Dabei geht es, wie in jeder unternehmerischen Organisation auch, um das Wohl der Kunden, welche die produzierten Leistungen abnehmen können oder müssen, aber auch um das Wohl der mit dieser Leistungserstellung betrauten Agenten[11]. Der Markt eliminiert Organisationen, die den Kundennutzen vernachlässigen, zugunsten der diesem besser dienenden Konkurrenten. Bei staatlichen Organisationen gibt es diesen Tod nicht. Sie werden im Kampfe der Interessensgruppen gestaltet. Dem Unterlegenen bleibt einzig die Flucht, wenn er sich nicht unterwerfen will. Es ist an reichhaltigem empirischen material erwiesen, dass die Verwalter der staatlichen Aufgaben ihre eigenen Interessen häufig höher gewichten als die des Bürgers[12]. (Sie sollten daher an der Gestaltung gesetzlicher Grundlagen ihrer Organisation nicht bestimmend mitwirken dürfen).

Der Staat als Unternehmen finanziert sich mit Steuern und Abgaben, die er im Verlaufe der letzten Jahrzehnte in stetig wachsender Höhe erhebt. Die Höhe dieser Abgaben hat nun einen kritischen Wert erreicht, so dass bei manchen Staaten Korrekturen nötig wurden.

Zudem ist nun der Staat, wie oben erwähnt, mehr und mehr mit Partnern konfrontiert, die wählen können: Die von ihm angebotenen Leistungen können auch andernorts bezogen werden. Damit findet er sich als Unternehmen in immer mehr Bereichen in globalen Wettbewerbsmärkten. Unternehmen vergleichen die Steuerbelastungen, Bildungsniveau, Infrastrukturqualität und andere Elemente im weltweiten Kontext, um dann die günstigste

[11] Im Erziehungsbereich beispielsweise profitieren die Schüler ebenso wie die gesamte Bildungsindustrie, im Gesundheitsbereich der Kranke wie die Gesundheitsindustrie, im Sozialbereich der Bedürftige wie die Fürsorgeindustrie.

[12] Anders wären die Entwicklungen der Kartelle und der Pfründenwirtschaft, die Abkoppelung von lokalen Preisen von denen der Weltmärkte und vieles andere mehr nicht zu erklären.

Beat F. Schmid: Informationsgesellschaft und weltweite „Medialisierung“: Konsequenzen für Verfassung, Recht und Politik. In: Baudenbacher/Busek (Hg.): Europa und die Globalisierung. Referate des 2. Wiener Globalisierungs-Symposiums Mai 2001. Wien: Verlag Österreich, 2002

Alternative zu wählen. Mehr und mehr Unternehmen lernen, Staaten als bloss mögliche Standortalternaiven zu betrachten. Ihnen folgen in zunehmendem Ausmasse die Arbeitskräfte: Die neue Informationsinfrastruktur ermöglicht ihnen nicht nur einen immer leichter zu vollziehenden Standortwechsel; sie ermöglicht auch die Telepräsenz am Arbeitsmarkt. Nicht nur indische Softwareingenieure können im Netz Entwicklungsleistungen für Firmen erbringen, die Tausende von Kilometern entfernt sind. Vielmehr wird der Anteil der Arbeit, die zu ihrer Erledigung nur einen Zugang zum Netz erfordert, rasch grösser. Der Wettbewerb der Standorte und der Dienstleistungspakete hat begonnen.

Zu diesen Entwicklungen kommt ein weiteres, für die Staateinnahmen bedrohliches Phänomen: Die Produkte werden mehr und mehr zur Information. (Selbst im Werkzeugmaschinenbau beispielsweise, einem Kernbereich der Maschinenindustrie, ist heute mehr als 60% des Warenwertes Software.) Die neue Gestalt der Information ist ortslos, nicht an einen Standort gebunden. Die Produktion der Informationsgüter erfolgt denn auch zunehmend auf dem globalen, über das Internet verbundenen Werkplatz. Das Verschieben der Informationsgüter über die Landesgrenzen hinweg erfolgt im Sekundenbereich und unbemerkt. Die Leistungserstellung als solche wird zunehmend auf diesem globalen und grenzenlosen Werkplatz erfolgen und als Endprodukt dort auftauchen, wo die Bedingungen günstig sind. Diese Entwicklung verheisst für Standorte mit hoher Steuerbelastung, insbesondere auch im Bereich der Mehrwertbesteuerung, nichts Gutes für die von der Staatsquote Profitierenden.

Komplementär dazu und damit verbunden findet in rasantem Tempo eine Globalisierung der Märkte statt. Die Finanzmärkte sind ein gutes Beispiel: Der Handel erfolgt global. Der Händler an irgendeinem Ort der Welt hat Zugriff auf alle wichtigen Handelsplätze der Welt. Neue Produkte werden in enormem Ausmass eingeführt, nämlich Derivate, deren Gesamtwert die eigentlichen Wertströme um ein Vielfaches übersteigt. In Sekunden werden Milliardenbeträge um den Globus geschickt. Nachdem andere Industrien diesen Weg der Globalisierung und Virtualisierung ebenfalls zu beschreiten begonnen haben, kommt nun über das Internet eine Globalisierung des Detailhandels auf uns zu. Schon heute ist es problemlos möglich, eine ganze Reihe von Gütern wie Bücher, Reisen und anderes mehr über das Internet einzukaufen. Sobald die Baustelle der elektronischen Märkte im Internet die wichtigsten Brücken, wie elektronischer Kaufvertrag mit elektronischer Unterschrift, elektronischer Zahlungsverkehr und Logistik, erstellt sind, wird ein substantieller Teil des Detailhandels auf diesem globalen Marktplatz abgewickelt werden – wiederum mit heute noch nicht abschätzbaren Konsequenzen für die lokale Wirtschaft, aber auch für das Steuersystem der Staaten.

Das Unternehmen Staat steht deshalb vor enormen Herausforderungen. Um sie zu bestehen, wird der Staat gut daran tun, sich bei jenen zu erkundigen, die derartige Herausforderungen schon zu bestehen hatten, nämlich bei den global operierenden Unternehmen. Dabei soll das unternehmen nicht primär als kapitalistische Institution gesehen werden, etwa im Gegensatz zur gemeinnützigen öffentlichen Institution, sondern als sich im freien Wettbewerb gegenüber dem autonomen Kunden bewährende Institution. Das offen profitorientierte Unternehmen wird vom Kunden nur gewählt, wenn es ihm überlegene Leistungen erbringt. (Jede Organisation ist profitorientiert – auch die sogenannten Non-Profit-Organisationen wie Greenpeace, Kirchen, Schulen: Sie alle nehmen das vom Kunden gegebene Geld und leben davon. Natürlich müssen sie dafür auch etwas für den Geldgeber tun.)

Die moderne Managementlehre versucht, die aus den Umwälzungen gewonnenen Erkenntnisse zu sammeln und zu systematisieren, in Handlungsanweisungen zu

transformieren. Es gibt einige Lehren daraus zu ziehen, die weitgehend unbestritten sind. Einige davon, die auch für Staaten zu beachten sein werden, sollen kurz berührt werden:

- *Kundenorientierung*. Nur jener Leistungsanbieter wird auf die Dauer die Gunst seiner Kunden erhalten können, der konsequent deren Nutzen ins Zentrum seiner Überlegungen stellt. Es hat sich zudem gezeigt, dass es nicht ausreichend ist, sich der Maximierung des Kundennutzens zu verschreiben, wenn man dies auf der Basis der eigenen Analysen und Vorstellungen über den Kundennutzen tut. Es ist vielmehr nötig, den Kunden möglichst weitgehend in den Design- und Leistungserstellungsprozess mit einzubeziehen, damit er gleichsam als Bauherr für die von ihm zu kaufenden Leistungen agieren kann.

- *Corporate Identity* und *Branding*. In den meisten Märkten ist für den Kunden nicht nur das nackte Produkt von Interesse, sondern dessen Marke (man denke etwa an Uhren oder Automobile) und der Name der dahinterstehenden Firma. Die Kunden gehören zur Unternehmens-Community.

- *Konzentration auf die Kernkompetenzen* und *Outsourcing*. Ein erfolgreiches Unternehmen muss wissen, wo seine Kernkompetenzen liegen, was die Dinge sind, bei denen es den Anspruch erhebt, im globalen Wettbewerb zu den besten zu gehören. Alle anderen Leistungen, bei denen es diesen Anspruch nicht erheben kann oder will, sollen über Märkte beschafft werden, wo dies möglich ist (Outsourcing). So entstehen überlegene, agile Strukturen.

Unternehmen, welche diesen Grundsätzen gefolgt sind, konnten in den vergangenen Jahren enorme Kosteneinsparungen realisieren bzw. Produktivitätssteigerunen in einem umfang erreichen, die vor nicht allzu langer Zeit noch undenkbar waren. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Produktivitätssteigerungen im Bereich von 10% bis zu einigen 10% pro Jahr sind in der modernen Wirtschaft an der Tagesordnung. Dieser Prozess führt nicht nur zur Freistellung von Arbeitskräften, sondern mittelfristig zu einem entsprechenden Wohlstandsgewinn, der den Begünstigten nur dann etwas bringt, wenn sie ihn realisieren, d.h. wenn sie Leistungen nachfragen und damit wieder Arbeit erzeugen.

Viele, wenn nicht die meisten der überlebenden erfolgreichen Unternehmen haben diese Veränderungen nicht aus eigenem Antrieb beschlossen, sondern sind dazu durch die Marktkräfte gezwungen worden. Rote Zahlen und der drohende Untergang haben die entsprechenden Kräfte mobilisiert. Niemand zweifelt, dass beim Staat ähnliche Potenziale vorhanden sind. Wird er sie erschliessen können? Was sind die Voraussetzungen dazu und wie wäre vorzugehen?

2. Konsequenzen

Die heute geltenden Verfassungen fast aller Staaten sind Verfassungen für den Staat in der (beginnenden) Industriegesellschaft. Die skizzierten Veränderungen zwingen nun die Staaten dazu, sich eine Verfassung für einen Staat in der heraufkommenden Informationsgesellschaft zu geben. Der Staat der Industriegesellschaft hat dem Bürger eine staatliche Identität gegeben, die im Personalausweis dokumentiert ist und ihn zu einer Reihe von Leistungen berechtigen, wie Sicherheit, Erziehung, Gesundheitswesen, usw. Dafür fordert er von ihm Geld (Steuern) und Zeit (Militärdienst, Schule, etc.). Weiter garantiert er ihm gewisse Handlungsfreiheiten, die er aber dort beschränkt, wo sie mit anderen Interessen in Konflikt geraten – häufig mit seinen eigenen oder denen von Gruppen, die einen

Beat F. Schmid: Informationsgesellschaft und weltweite „Medialisierung“: Konsequenzen für Verfassung, Recht und Politik. In: Baudenbacher/Busek (Hg.): Europa und die Globalisierung. Referate des 2. Wiener Globalisierungs-Symposiums Mai 2001. Wien: Verlag Österreich, 2002

speziellen Einfluss auf ihn haben. Die Bürger waren weitgehend an den Staat gebunden. Sie konnten seine Macht im Wesentlichen nur durch ihre Stimmabgabe begrenzen.

Wie geschildert, hat sich diese Situation nun geändert: Zusätzlich zur Abstimmung mit dem Stimmzettel und zur eigentlichen Emigration tritt nun als weitere Option eine Emigration, die nicht physisch vollzogen werden muss. Der „Wohnstaat" muss mit den „Arbeitsstaaten" nicht identisch sein. Die mobil gewordene Arbeit kann an einer grösser werdenden zahl von Orten auftauchen bzw. bezogen werden – mit entsprechenden Folgen für das Steuersubstrat.

Nachdem der Staat so mehr und mehr zu einer im Wettbewerb stehenden Institution geworden ist bzw. Wird, stellt sich die Frage, was seine Leistungen für den Bürger der Informationsgesellschaft sein könnten und wie er verfasst und organisiert sein muss, um diese auf attraktive Weise bereitzustellen. Diese Frage kann hier nicht nur wegen Platzmangel nicht beantwortet werden. Es gibt eine Reihe von Aufgaben, die der Staat heute wahrnimmt, die nicht ohne weiteres delegierbar sind – etwa im Bereich der Justiz. Hier sollen nur einige Aspekte angesprochen werden, die durch die geschilderten Entwicklungen direkt tangiert sind. Wir werden kurz auf die Identität, dann auf die vom Staat bereitgestellten Leistungen und abschliessend auf die durch ihn ermöglichten Handlungsspielräume eingehen.

a. Identität

Wir haben gesehen, dass der Bürger der Informationsgesellschaft Mitglied vieler Communities sein wird. Er tritt in diesen Communities in unterschiedlichen Rollen auf (hier wird auch der Begriff des *Avatars*, einer künstlichen Stellvertreter-Identität, verwendet). Diese Identitäten müssen für gewisse Bedürfnisse von jemandem verliehen und gelegentlich bescheinigt werden. Hier hat der Staat heute eine dominante Rolle. Ob er sie morgen auch noch haben wird, ist weniger klar. Schon heute sind in vielen Bereichen Kreditkarten die relevante Identitätskarte. Internet-Firmen haben mit der Herstellung von Produkten begonnen, die es dem Internetbenutzer erlauben, mit einer von ihm gewählten Identität, die von einer namhaften Institution (Firma o.ä.) geprüft ist, aufzutreten. Die Staaten haben heute noch die Möglichkeit, sich in diesem wichtigen Gebiet der Verbürgung von Identitäten eine Rolle wahrzunehmen. Wenn sie dies nicht flexibel und rasch genug tun, werden sie in dieser sehr wichtigen Funktion durch mehr und mehr global agierende Institutionen mindestens teilweise abgelöst werden. Man vergleiche etwa die Rolle, welche heute die Bürgergemeinde für den Schweizer noch spielt.

Staaten stiften aber auch in einer ganz anderen Weise Identität, nämlich als Medium. Was heisst es in der Informationsgesellschaft für den Bürger eines Staates, Bürger eben dieses Staates zu sein? Was heisst es für den Inhaber eines Schweizer Passes, Schweizer zu sein? In der Vergangenheit ist diese Identität durch die gemeinsame Geschichte, bei manchen Völkern durch Sprache oder Rasse definiert worden. Der Nationalstaat erlebt gegenwärtig eine Krise. Die „Corporate Identity" des Staates muss neu geschaffen und kommuniziert werden. Der Begriff der Qualität, der das Wirtschaftsleben in den letzten zwanzig Jahren so stark geformt hat, dürfte hier eine massgebliche Rolle spielen. Der Besitzer einer staatlichen Identität sollte Stolz und Befriedigung empfinden können. Wenn ein Grossteil der Konsumprodukte vom Käufer wegen ihres ‚Brand Name' gekauft und weit über dem Warenwelt bezahlt werden, so weist dies auf die Wichtigkeit dieses Elementes hin. Dies wird aber nicht allein mit Vergangenheitsbezug zu leisten sein, sondern muss vor allem in der Gegenwart und in der Zukunftserwartung wurzeln.

Beat F. Schmid: Informationsgesellschaft und weltweite „Medialisierung": Konsequenzen für Verfassung, Recht und Politik. In: Baudenbacher/Busek (Hg.): Europa und die Globalisierung. Referate des 2. Wiener Globalisierungs-Symposiums Mai 2001. Wien: Verlag Österreich, 2002

Eine solche Identität könnte ihren Schwerpunkt im Bewusstsein haben, dass der Platz dieses Staates ein guter Platz ist – für seine Bürger, seine Firmen und seine Gäste. Heute dominiert eher eine andere Möglichkeit, nämlich die Gewährleistung der Sicherheit der Bewahrung der Privilegien, Pfründen und Rechte. Es gibt Kleinstaaten, die mit dieser Identität in Kombination mit besonders günstigen Angeboten für Briefkastenfirmen, steuerliche Wohnsitze und dergleichen eine stabile Situation erreichen konnten. Für mittlere und grössere Staaten scheint dieser Weg nicht gangbar zu sein. (Die Versuchung ihn zu wählen ist jedoch in der Konstellation, die sich durch die geistige Emigration der marktorientierten Bürger herausbildet, gross: Die Parlamente sind in erster Linie durch die direkt oder indirekt vom Staat Lebenden beherrscht. Es verlangt viel Einsicht, auf Privilegien zu verzichten, z.B. sich freiwillig dem Markt auszusetzen, um eine insgesamt günstigere Zukunft zu sichern.)

b. Leistungen für die Bürger

Die von den westlichen Industriestaaten gegenüber den Bürgern erbrachten Leistungen in den Bereichen Verteidigung, Sicherheit, Gesundheit, Erziehungswesen, Soziales, Umwelt usw. zeichnen sich dadurch aus, dass sie einerseits einen überall kontinuierlich wachsenden Anteil des Bruttosozialproduktes konsumieren, und andererseits meist monopol- oder oligopolartig organisiert sind. Beides hängt insofern zusammen, als die monopolartige Organisationsform dazu neigt, das „richtige“ Leistungsbündel elitär-obrigkeitlich zu bestimmen, statt es dem freien Urteil des Bürgers zu überlassen. Dazu wird meist die Lage der Bedürftigen ausgebeutet, die nicht aus eigener Kraft und Einsicht ein befriedigendes Versorgungsniveau herzustellen vermögen. Der Missbrauch der Not der Bedürftigen zur Begründung einer überproportionalen Versorgungsindustrie, welche von zwangsverpflichteten und ihren Abgaben lebt, droht jedoch zu einer unverantwortbaren Belastung zu werden: Beide Elemente – wachsende Staatsquote und freiheitsbeschränkende Monopole – veranlassen mehr und mehr Firmen und Bürger, nach günstigeren Standorten Ausschau zu halten. Wenn der Staat mit der Kundenorientierung in diesen Bereichen ernst machen will, dann gilt es zu fragen, welch dieser Bereiche zum Kernkompetenzbereich des Staates gehören, und bei welchen dieser Bereiche die Leistungen auf dem Markt beschafft werden können. Das Profil dieser Leistungen ist in jedem Falle mit den betroffenen Kunden in einem dauernden Prozess zu optimieren.

Die heutige Realität weicht von dieser Grundhaltung jedoch dramatisch ab: Die Leistungspakete werden im Parlament und in Verwaltungen geschnürt. Dort haben die Vertreter des Staates, der staatsnahen Wirtschaft und der modernen Betroffenheitsindustrien das Sagen. Die komplexen Gesetzes- und Verordnungswerke stellen einen sorgfältig austarierten Kompromiss zwischen den Ansprüchen der verschiedenen Lobbygruppen dar, die von der Erstellung der zwangsverordneten staatlichen Leistungen als deren Produzenten profitieren: Der Stimmbürger erhält als Abstimmungsvorlage ein komplexes Multipack, zu dem er Ja oder Nein sagen kann. Von diesem werden ihm in einem allfälligen Abstimmungskampf einige wenige Elemente in polarisierender Form dargelegt, während, wie bei einem Eisberg, unter der Oberfläche der grösste Teil der Vorlage identisch ist und der medialen Vermittlung verborgen bleibt.

Diese Gesetzesmaschinerie produziert nicht Kundennutzen, sondern primär Nutzen für die von den staatlichen Pfründen profitierenden Gruppen. Es ist kaum absehbar, wie der Staat aus dieser Umschlingung durch die von ihm lebenden Interessensgruppen entkommen kann. Es ist zu vermuten, dass eine Umwandlung der heute herrschenden Verhältnisse nur durch massive Rückgänge bei den Steuereinnahmen erfolgen werden. Bei unternehmen war das nicht wesentlich anders, allerdings mit dem Unterschied, dass dort der Bankrott eine Ende

bereitet, während bei Staaten die disziplinierende Kraft dieser letzten Konsequenz im wesentlich schwächeren Ausmasse vorhanden ist.

Ein weiteres Problem, das in diesem Zusammenhang in den Griff genommen werden muss, ist die Disziplinierung der über die Massenmedien operierenden Betroffenheitsindustrien. Die Massenmedien entdecken oder induzieren immer wieder neue Felder, wo korrigierende Eingriffe gefordert werden. Eindrückliche Bilder und Kommentare fordern Solidarität für unterschiedliche Anliegen und materialisieren sich in Forderungen von die Nöte lindernden Industrien, die ihren Teil des staatlichen Kuchens für sich und ihre Leistungen, die oft jeder Kontrolle entzogen sind, beanspruchen. Dieser Prozess kann nicht beliebig weiter getrieben werden. In vielen Fällen handelt es sich um Ansprüche, die eher in Überzeugungen und subjektiven Bewertungen denn in kritisch hinterfragbaren Fakten wurzeln. Auch hier schient eine Trennung von Glaube und Staat zwingend, ganz analog der seinerzeit notwendig gewordenen Trennung von klassischer Kirche und Staat. Der Staat kann und soll nicht in jedem dieser Fälle die Lösung zu seiner Aufgabe machen, mit den bekannten Konsequenzen: Erlass von Gesetzen und Verordnungen, mit erzwungenen Abgaben auf der einen Seite, Entstehung einer Staatswirtschaft auf der anderen Seite, die dnan im gesetzlich geschützten Monopolraum ihre eigene Dynamik zu entfalten beginnt. Hier sind schlanke, wirkungsorientierte Organisationsformen zu entwerden, die ohne gesetzlich geschützte Monopole auskommen.

c. Handlungsspielräume

Die Geschichte des modernen Staates ist eng verknüpft mit der Sicherung der Handlungsspielräume seiner Bürger und juristischen Personen. Diese wurden vor allem durch die vorher erwähnten Entwicklungen mehr und mehr eingeschränkt. Ein Staat für die Informationsgesellschaft sollte jedoch darauf bedacht sein, seinen natürlichen und juristischen Personen attraktive Handlungsspielräume verfügbar zu machen. Handlungsspielräume sind das wertvolle Vermögen des menschlichen Geistes, die Grundlage des kostbaren Gutes der Freiheit. Dafür darf er ein Entgelt verlangen – für die Leistungen, die er dafür erbringt. Dieses Entgelt darf und muss einen Solidaritätsanteil enthalten für diejenigen Mitglieder im Staat, die aus eigener Kraft im einen oder anderen Bereich weniger zu leisten vermögen. Der Staat der Informationsgesellschaft muss jedoch wissen, dass er aus dem mobil gewordenen Bürger nicht mehr für Solidaritätsleistungen herausholen kann, als dieser selber aus Einsicht und Mitgefühl zu geben willens ist. Er sollte dabei in erster Linie die Betroffenen selber zu Worte kommen lassen, und nicht die mit der Erstellung der Solidaritätsleistung Betrauten.

Beat F. Schmid: Informationsgesellschaft und weltweite „Medialisierung“: Konsequenzen für Verfassung, Recht und Politik. In: Baudenbacher/Busek (Hg.): Europa und die Globalisierung. Referate des 2. Wiener Globalisierungs-Symposiums Mai 2001. Wien: Verlag Österreich, 2002

V. Schlussfolgerungen

Der Bürger der Informationsgesellschaft wird mit einer neuartigen Gestalt der Information versorgt: Die neuen Informationsobjekte sind auf bisher unbekannte Weise mächtig, interaktiv und ubiquitär, ortslos. Sie gestatten dem Bürger direkten Zugriff auf die Leistungen der Weltmärkte, gestatten ihm die Telepräsenz bzw. die seiner Leistungen in globalen, z.T. neuen Gemeinschaften. Diese definieren mehr und mehr seine Identität. Es muss angenommen werden, dass die Rolle des Staates in diesem Kontext abnehmen wird. Dem Staat wird es gelingen müssen, auch gegenüber dem Bürger der Informationsgesellschaft, der in vielerlei Hinsicht in erster Linie ein Weltbürger und Mitglied von Interessengemeinschaften ist, eine kohärente und überzeugende Identität herzustellen und sie erfolgreich zu kommunizieren.

Die Staaten sind nach und nach zu enormen Unternehmenskonglomeraten herangewachsen, die in durch ihre legislative und Exekutive geschützten Märkten oder Monopolen operieren. Ihre Effizient ist in vielen Fällen weit hinter jeder der den freien Wettbewerbskräften ausgesetzten Unternehmen zurückgeblieben. Das Steuersubstrat, mit dem ein beträchtlicher Teil dieser Leistungserstellung finanziert wird, kann ihm immer leichter entzogen werden, indem die Leistungserstellung in global verteilten, mehr und mehr virtuellen Unternehmen erfolgt und dort auftaucht, wo die Belastung geringer ist. Damit ist er dem Wettbewerb der Standorte ausgesetzt, somit den gleichen Selektionsmechanismen wi in Märkten operierende Unternehmen. Dies verlangt von den Legislativen, in denen die Vertreter der vom Staat lebenden Wirtschaftszweige überproportional vertreten sind, eine beträchtliche Leistung bezüglich Einsicht in den Wandel und hinsichtlich der Umsetzung, die meist ein sich Unterwerfen unter die Marktkräfte bedeutet. Das bedeutete auch, dass der Kunde autonom seine Bedürfnisse definieren darf, statt diese unmündig obrigkeitlicher Fürsorge überlassen zu müssen.

Der Staat, wie wir ihn heute kennen, ist ein Produkt der neuzeitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung, namentlich der Industrialisierung. Seine Gestalt ist bereits für die fortgeschrittene Industriegesellschaft in vielerlei Hinsicht fragwürdig geworden. Die Gestalt des Staates der Informationsgesellschaft und seiner Verfassung verlangt schon deswegen nach mehr als einer inkrementellen Fortschreibung. Er verlangt aber vielmehr wegen der radikal neuen Gestalt des Produktionsfaktors Information nach einer fundamentalen Neuorientierung. Diese muss sich streng an den Bedürfnissen des Bürgers der Informationsgesellschaft ausrichten.

In diesem Zusammenhang ist auch die notwendige Solidarität neu zu überdenken und streng von den Bedürfnissen der die Solidaritätsleistungen erbringenden Industrien zu trennen. Deren Vertreter haben heute in der Legislative in vielen Fällen einen dominanten Einfluss. (Eine Neuordnung dürfte kaum gelingen, ohne eine neue Form der Gewaltentrennung einzuführen.)

Ausgangspunkt der Verfassung für einen Staat der Informationsgesellschaft muss eine Vision, ein Bild seines Bürgers sein: Das eines freien, mündigen und verantwortlichen Weltbürgers, dem ein Leistungsbündel offeriert wird, das er gerne nachfragt und dessen Preis er gerne bezahlt, weil er es in maximalem Ausmass selber mitgestaltet hat und weil er es im Spektrum der ihm, dem mobilen Weltbürger, offenen alternativen nicht einfach gegen Besseres eintauschen kann.

- - - - -

Beat F. Schmid: Informationsgesellschaft und weltweite „Medialisierung“: Konsequenzen für Verfassung, Recht und Politik. In: Baudenbacher/Busek (Hg.): Europa und die Globalisierung. Referate des 2. Wiener Globalisierungs-Symposiums Mai 2001. Wien: Verlag Österreich, 2002